Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 131 (1965)

Heft: 9

Artikel: Nonproliferation : Hoffnung oder Gefahr?

Autor: Däniker, Gustav

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-42265

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wie führen wir die Schlacht? Uns wäre die überwältigende Kraft und Kampfmoral der Eidgenossen von Marignano zu wünschen, aber die Führung müßte in allem anders handeln. Die wenigen Vorbereitungen wurden unter den Augen des Feindes getroffen. Man griff beinahe aus der Bewegung einen aufs beste eingerichteten Gegner an. Der Angriff erfolgte frontal und mit dem Gros gegen das Gros. – Welch klägliches Versagen, gemessen an der naturhaften List bei Morgarten, der vollendeten Führungskunst bei Murten! Noch der Sieg bei Novara 1513 war nur dank unerwartetem Kampfbeginn und flankierendem Angriff auf die schwache Stelle des Gegners zustande gekommen. Schon eine Umfassung rechts hätte die Aussichten der Eidgenossen bei Marignano verbessert; die Befestigung wäre ausmanövriert worden, die schwere Artillerie kaum zum Zuge gekommen. Man mag das Entstehen all der Führungsfehler begreifen. Aber Marignano bleibt eines der besten Beispiele dafür, wie man nicht führen darf, ein Beispiel, daß ohne Beachtung der Gesetze der Kriegskunst, beispielsweise der Überraschung, nichts Gutes gelingen kann.

Wo stellen wir den Feind zur Schlacht? Um von Südfrankreich nach Norditalien zu gelangen, mußten die Franzosen die Westalpen überwinden. Das konnte nur in lange dauerndem Marsch mit weit auseinandergezogenen Kolonnen geschehen, die Infanterie zersplittert, Reiterei und Geschütz beinahe handlungsunfähig. Längs der Pässe war das französische Heer den berggewohnten Eidgenossen ausgeliefert, darum sah die Tagsatzung die Schlacht im Gebirge vor. Diese Idee hatte aber auch ihre Nachteile: Man hätte sich auf alle Pässe verteilen müssen; eine Konzentration der Kräfte auf den Übergang, welchen der Feind dann wirklich benützte, war kaum rechtzeitig möglich. Das mag einer der Gründe sein, welche die Führung im Felde bewogen, die Pässe nur zu sichern und über den Feind herzufallen, wenn er in die Ebene hinaustrat. Für eine bewegliche Truppe werden so die besten Kampfbedingungen geschaffen: Kam der Feind auf mehreren Pässen, konnte man die Teile einzeln schlagen, kam er in einer einzigen Kolonne, war sie stückweise zu vernichten, es konnte ja nicht alles gleichzeitig debouchieren. – Ähnliche Gedanken sind heute gültig. In den infanteriegünstigen Grenzgebieten kann ein moderner Feind seine Überlegenheit an Feuer und mechanisierten Mitteln nicht voll entfalten, seine einzelnen Kolonnen können sich gegenseitig nur wenig unterstützen; da haben wir gute Chancen. Und eine zweite günstige Gelegenheit bietet sich unserer Armee, wenn die Kolonnen des Feindes in das für ihn günstigere Gelände des Mittellandes austreten wollen, während der Widerstand im Grenzgebiet weiterdauert und das Nachfließen von Verstärkungen, Unterstützungswaffen und Nachschub behindert.

Als Bayard bei Villafranca die mailändische Kavallerie zersprengt hatte, war die Lage für die Eidgenossen keineswegs ungünstig, sie war einfach klar geworden. Noch waren die französischen Artilleristen in den Bergen jedem Überfall rettungslos ausgeliefert, die Infanterieverbände zersplittert und den Schweizern unterlegen. Jetzt mußte man am Plan festhalten und danach handeln. Aber wir haben gesehen, wie unser Heer auf einem Tiefpunkt der Moral angelangt war. Da erschien ihm die Schlappe von Villafranca als entscheidende Niederlage, und es ging zurück. Es gab damit die einzige Möglichkeit, den Feind zu schlagen, aus der Hand. – Auch wir würden in einem Kriege durch Anfangserfolge des Feindes beeindruckt sein, ja in den meisten kriegerischen Geschehen kommt der Augenblick, da alles auf Messers Schneide steht. Auf beiden Seiten steigen Zweifel am Gelingen auf, lähmend legen sie sich auf die Gemüter von Chef und Truppe. Jetzt braucht es ein geringes, den Erfolg auf die eine oder andere Seite sinken zu lassen. Wer – in gesundem Selbstvertrauen – länger als der Gegner an seinem Plan festhält, gewinnt, der Zweifelsüchtige verliert.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft war 1512 bis 1515 in Oberitalien, wo sie sich als Großmacht gebärdete, auf einem Irrweg. Und doch dürfen wir stolz sein auf diese Zeit, auf die Urkraft unserer Väter. Dieses Abenteuer um Marignano war für die Entwicklung unseres Staates von unermeßlichem Wert und ist es noch heute, wenn wir seine Lehren beherzigen. Für den militärischen Führer lauten sie: Die Armee für den Kampf in unserem Gelände unermüdlich rüsten und schulen. Führen nach den Gesetzen der Kriegskunst und angepaßt an unsere Verhältnisse. Den Geist gesunden Selbstvertrauens pflegen, auf daß er uns auch erfülle, wenn wir uns wieder einmal in einem Kriege bewähren müßten.

Nonproliferation – Hoffnung oder Gefahr?

Von Major i.Gst. Gustav Däniker

Das Eidgenössische Militärdepartement besitzt unseres Wissens kein Büro, das sich laufend mit den Fragen der Abrüstung befaßt. Dies mochte bis heute angehen, entpuppt sich aber jetzt als gefährlicher Nachteil, und zwar aus folgendem Grund: Die Schweiz könnte innert kurzer Zeit aufgerufen werden, einem «Nonproliferationsabkommen» beizutreten. Bereits werden auf der Genfer Abrüstungskonferenz verschiedene Vertragsentwürfe diskutiert, die alle darauf hinzielen, die Atommächte zu verpflichten, sich jeder Weiterverbreitung von Atomwaffen zu enthalten, und alle nichtatomaren Staaten einzuladen, grundsätzlich und ein für allemal auf eine Atombewaffnung zu verzichten. Hoffnung auf Erlösung von der Atomdrohung oder Gefahr kalter Entwaffnung? Das ist die Frage, die sich heute brennend stellt. Sie läßt sich indessen mit dem herkömmlichen Verteidigungsdenken, das nur militärische Kriterien kennt, nicht beantworten. Und ebenfalls muß leider auch bezweifelt werden, daß unser Politisches Departement, das sich mit Fragen unserer Sicherheit natürlicherweise nur am Rande befaßt, imstande ist, alle Aspekte dieser Entwicklung zu erkennen. Das Fehlen eines schweizerischen strategischen Denkens im weitesten Sinne wirkt sich gerade im vorliegenden Zusammenhang besonders nachteilig aus.

*

Zur Auseinandersetzung mit diesem Problem, das Politik und Militär, Rüstung und Abrüstung gleicherweise einschließt, seien deshalb die folgenden Gedanken beigetragen. Zunächst die eindringliche Warnung vor überstürztem Handeln! Trotz dem Vietnamkrieg ist es nämlich möglich, daß sich die beiden Lager – ähnlich wie beim Moskauer Atomtestabkommen des Jahres 1963 – über Nacht auf einen Vertragstext einigen und unverzüglich unter stärkstem diplomatischem und propagandistischem Druck den Beitritt aller Staaten fordern. Man erinnere sich an die Zeittafel des Moskauer Abkommens: Am 25. Juli 1963 wurde der Vertrag paraphiert, am 29. Juli sprachen die Geschäftsträger Großbritan-

niens und der Vereinigten Staaten in Bern vor, am 2. August derjenige der Sowjetunion; am 5. August wurde das Abkommen von den Großmächten unterzeichnet; bereits am 23. August faßte der Bundesrat Beschluß, und am 26. August setzten unsere Bevollmächtigten in den drei Hauptstädten ihre Unterschrift unter den Vertrag!

So rasch kann Bern also handeln, wenn es fürchtet, durch sein Zaudern die sogenannte Weltöffentlichkeit und die Mißgunst der Großmächte herauszufordern! Immerhin hatte man damals eine einwandfreie Begründung: Das Abkommen schränkte die Immissionen ein, die auf der ganzen Welt durch den radioaktiven Ausfall der Testexplosionen laufend entstanden waren, und stellte somit einen echten Beitrag zur Dämpfung der Atomgefahr dar. Zudem schien es unsere Handlungsfreiheit auf atomarem Gebiet nicht zu beeinträchtigen. In seiner Botschaft hielt unser Bundesrat ausdrücklich fest: «Es ist die Politik des Bundesrates und der eidgenössischen Räte, denen das Volk in zwei Abstimmungen gefolgt ist, sich die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit in bezug auf die Ausrüstung der Armee mit Kernwaffen zu wahren. Diese Freiheit wird durch das Moskauer Abkommen nicht beeinträchtigt ... Wir sind deshalb auch nach der Unterzeichnung in der Lage, das Problem der eigenen Atombewaffnung weiterzuverfolgen.»

National- und Ständerat zeigten sich in diesem Punkt nicht kritisch. Der obenstehenden Behauptung wurde ohne besondere Diskussion geglaubt, obwohl man auch damals hätte merken müssen, was mittlerweile von den Initianten offen zugegeben wird, daß nämlich bereits das Atomtestabkommen darauf angelegt war, der Proliferation den Riegel zu schieben.

Immerhin, ein Verzicht auf die Unterzeichnung wäre damals wirklich schwierig zu begründen gewesen. Wiederum natürlich nicht zuletzt deswegen, weil niemand mit der Materie so richtig vertraut war und niemand sagen konnte, ob die an und für sich wünschbare Beschränkung auf lediglich unterirdische Tests eine Atombewaffnung verunmöglichen würde oder gar in anderer, wenn auch indirekter Weise unsere Sicherheit beeinträchtigen könnte.

So einfach dürfen wir es uns in Zukunft nicht mehr machen. Ein Abkommen gegen die Proliferation, ganz gleichgültig in welcher Form es sich letztlich präsentiert, wäre mit aller Gründlichkeit nach zwei Richtungen hin zu prüfen: einmal im Hinblick auf die Auswirkungen auf unsere Verteidigungssituation und zum anderen in bezug auf seine politischen Konsequenzen. Denn entgegen der weitverbreiteten und immer wieder mit großem Aufwand propagierten Auffassung geht es keineswegs allein darum, die Atomgefahr zu bannen. Hier liegt wohl das wichtigste, aber nicht das einzige Problem. Von ähnlicher Bedeutung sind auch die Folgen, die für uns als Staat aus einem grundsätzlichen Verzicht auf eine atomare Bewaffnung entstehen.

*

Was die Frage der Sicherheit betrifft, so hat sie zwei Aspekte, je nachdem von welcher Warte aus man die Nonproliferation betrachtet. Ohne Zweifel ist es eine echte Sorge der Atommächte, mit der Verbreitung von Atomwaffen auch das Risiko ihrer Verwendung einzudämmen. Die Zurückhaltung, die sie sich selbst auferlegen, und die Tatsache, daß sie lieber Demütigungen auf sich nehmen, die früher unfehlbar zum Kriege geführt hätten, als zur Atomwaffe zu greifen, zeigen deutlich, daß Politik und Strategie dank der Bombe in einen anderen Aggregatzustand eingetreten sind. Atomwaffen lassen sich höchstens dann zur Verfolgung politischer Ziele einsetzen, wenn man mit ihnen drohen kann, ohne daß sie zur Anwendung gelangen. Explodiert nur eine von ihnen, besteht die Gefahr der Eskalation, der Steigerung des Konfliktes von Stufe zu Stufe bis zur gegenseitigen Vernichtung.

Der Schluß liegt also nahe, daß mit der Verbreitung der Kernwaffen und der damit verbundenen Erweiterung der Entscheidungsgewalt über ihre Verwendung auch die Wahrscheinlichkeit ihres Einsatzes, sei es aus Gründen abenteuerlicher Politik, sei es aus Irrtum, größer wird. In einer ständig kleiner werdenden Welt, wo die Geschicke eines jeden Staates mit denjenigen der andern verknüpft sind, würde so ein atomares Chaos entstehen, dessen Kontrolle niemand, auch keine Weltregierung, mehr übernehmen könnte. Von diesem Standpunkt aus gesehen, ist es nur folgerichtig, wenn die Atommächte eifersüchtig auf die Wahrung ihres Monopols bedacht sind und das mühsam errungene Gleichgewicht unter wenigen einer ungewissen Zukunft mit zahlreichen Atommächten vorziehen. Neben der Verhinderung eines Atomkrieges ist somit die Nonproliferation ihr größtes gemeinsames Interesse, dem sie unter Umständen selbst wichtige Interessen ihrer Verbündeten zu opfern gewillt sind.

So einleuchtend diese Überlegungen aber erscheinen mögen: sie enthalten höchstens die Hälfte der Wahrheit. Die so konzipierte Sicherheit ist lediglich eine Sicherung vor dem allgemeinen Atomkrieg. Sie bietet den nichtatomaren Staaten keinen Schutz vor atomarer Erpressung und ebensowenig einen Schutz vor konventionellen Kriegsformen, die, wie wir seit 1945 wissen, wenigstens für ganze Regionen nahezu dieselben Zerstörungen anrichten können wie eine nukleare Auseinandersetzung.

Damit kommen wir zum zweiten Aspekt. General Beaufre legt in seinem neuesten Werk, «Dissuasion et Stratégie», eingehend dar, daß Atomwaffen in den Händen einer Reihe weiterer, verantwortungsbewußter Staaten die allgemeine Sicherheit eher erhöhen würden. Er vermag nicht einzusehen, warum Nationen, die seit Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten eine Politik des Friedens getrieben haben, ausgerechnet in dem Moment, wo sie eine Waffe erhalten, die nicht nur andere, sondern auch sie selbst bedroht, zu Abenteurern werden sollten. Auch sein weiterer Gedankengang ist überzeugend: Das atomare Gleichgewicht hat sich so sehr verfestigt, daß die Stabilität auf der obersten (atomaren) strategischen Ebene fast absolut ist. Das hat zur Folge, daß die Drohung mit der Atomwaffe unglaubwürdig wird, weil jedermann weiß, daß der Einsatz von Kernwaffen mit der Vernichtung desjenigen verbunden wäre, der zu ihnen greift. Atomwaffen schützen also nur noch Interessen erster Ordnung der Atommächte selbst.

Dieses allzu stabile Gleichgewicht öffnet nun aber konventionellen Gewaltakten, wie wir sie zum Beispiel heute in Vietnam erleben, Tür und Tor. Die kriegsverhindernde Wirkung, die an und für sich von der Atomwaffe ausgeht, spielt auf der unteren strategischen Ebene nicht. Der Gedanke ist deshalb nicht abwegig, daß die Durchsetzung konventioneller Streitkräfte mit atomaren Waffen, und seien sie auch nur für den taktischen Gebrauch bestimmt, einen stabilisierenden Faktor darstellen würde; wie denn im Atomzeitalter überhaupt die Stabilität von der Unstabilität abhängt, das heißt von den Risiken, die jedes politische und militärische Vorgehen in sich birgt. Eine Großmacht, die mit einem mittleren oder kleineren Staat anbinden will, wird sich zuerst nach dessen atomarer Potenz erkundigen müssen. Besitzt dieser keine solche, so ist die Bahn frei für atomare Erpressung, das heißt für Drohungen mit Atomschlägen oder mindestens für konventionelle Gewaltanwendung. Ist aber ein atomares Potential irgendwelcher Art vorhanden und besteht auch nur der Schatten einer Wahrscheinlichkeit, daß der Kleinere davon Gebrauch macht, dann werden vielleicht Erpressungsversuche statt-

finden, ein Angriff, der sich gegen die Existenz des Kleinen richtet und diesen somit zum Äußersten bringen könnte, sicher aber nicht! Der zunächst befremdende, aber leider überzeugende Gedanke, daß heutzutage Sicherheit nur durch Gefahr erkauft werden kann, ist damit, wenn nicht einläßlich begründet, so doch angetönt.

Die auf Waffen, über die man selbst die Verfügungsgewalt besitzt, gegründete Ungewißheit für den Gegner ist jedenfalls der bessere Schutz als Garantien und Versprechungen von seiten der Atommächte, wie sie zurzeit auf der Genfer Konferenz ebenfalls erwogen werden. Ausgerechnet im Augenblick, da die Bündnisse überall zu wanken beginnen, weil die nichtatomaren Bündnispartner daran zweifeln, daß die Atommächte gewillt wären, zu ihrem Schutze Atomwaffen einzusetzen, versucht man den Köder des atomaren Kollektivschutzes erneut auszulegen. Sogar wenn sie eingehalten würden, wären solche Hilfeverpflichtungen nicht immer wirksam: Im zweiten Weltkrieg hat die englische Garantie Polen nichts, aber auch gar nichts erspart. Wir zweifeln indessen mit gutem Grund, ob nukleare Schutzversprechen überhaupt glaubwürdig wären. «Mourir pour Dantzig?» fragten sich 1939 die Franzosen. «New York und Chicago für Bern und Zürich?», das wäre die moderne Formulierung, oder noch deutlicher: «Leningrad und Kiew für Basel und Lausanne?» Hier kann wohl niemand über die Antwort im unklaren sein. Der Gedanke der Gewährung von Garantien, der namentlich in Schweden und Indien auf Ablehnung gestoßen ist, bedarf im militärischen Zusammenhang kaum eines weiteren Kommentars; auf die politischen Gründe für ihre Unzweckmäßigkeit werden wir noch zurückkommen müssen.

Die Sicherheit der nichtatomaren Staaten, so möchten wir zusammenfassen, hängt also keineswegs ausschließlich von der Nonproliferation ab. Die Bombe ist weder der einzige kriegsauslösende Faktor noch die einzige uns drohende Gefahr. Die auch in der Schweiz vorhandenen Kommentatoren, die heute schon – von seiten der Großmächte natürlich unterstützt – die Proliferation als das größte Übel bezeichnen, das es um jeden Preis zu bannen gelte, erweisen sich bestenfalls als kurzsichtig; es könnte indessen sein, daß sie den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben versuchen. Denn über eines müssen wir uns doch klar sein: Die Nonproliferation bedeutet weder die Abschaffung sämtlicher Atomwaffen noch die absolute Ausklammerung ihres Gebrauchs. Sie sichert zunächst das Monopol der bestehenden Atommächte und fesselt im weiteren die friedliebenden Staaten, die zu ihren Verpflichtungen stehen. Ob ein solches Abkommen auch Abenteurer binden könnte, erscheint fraglich. Schon hat Indonesien auf Oktober 1965 eine Atomexplosion angekündigt; darüber, daß es dem Testbannabkommen von 1963 beigetreten war und demzufolge eine solche Explosion in der Luft gar nicht durchführen dürfte, stand im Communiqué nichts zu lesen.

Wer also der naiven Meinung ist, mit einem Nonproliferationsabkommen, wie es vorläufig konzipiert ist, würden wir aus dem atomaren Regen wenigstens in die konventionelle Traufe entweichen können, der täuscht sich leider.

*

Bevor der Charakter eines solchen Abkommens noch näher beleuchtet wird, muß der Blick auch auf die politischen Folgen der Nonproliferation gerichtet werden. Abgesehen davon, daß der Druck der sogenannten Weltmeinung und der Großmächte, einem solchen Abkommen beizutreten, bereits heute unsere Handlungsfreiheit einzuschränken droht, wären wir nachher außenpolitisch in einer ungleich schwierigeren Lage. Eine Nonproliferation kann nur durchgesetzt werden, wenn die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion dieses gemeinsame Interesse auch gemeinsam und mit aller Energie verfolgen. Beweise für ihre Verständigungsmöglichkeit – sogar über die Köpfe ihrer Verbündeten hinweg – gibt es nun aber genug. Die Vorstellung scheint nicht zu weit hergeholt, daß der Nonproliferationsvertrag einen weiteren Schritt zu einem russisch-amerikanischen Kondominium darstellt, einer alles weniger als neutralen Weltregierung also, deren Handlungen vom Ringen um die Macht zwischen diesen beiden Großen immer wieder beeinträchtigt würden. Mit oder ohne Garantien gegenüber mittleren und kleineren Staaten wäre deren Abhängigkeit von den Großen vollständig. Bis jetzt erfreuten sie sich einer gewissen Handlungsfreiheit, weil jede politische Handlung, die der einen Großmacht mißfiel, von der anderen gedeckt wurde. Haben letztere aber das gemeinsame und, wie W. C. Foster, der amerikanische Chefdelegierte auf der Genfer Abrüstungskonferenz, mit Nachdruck betont hat, allergrößte Interesse an der Sache, so werden sie auch ein gemeinsames Vorgehen in die Wege leiten oder mindestens dem anderen in seiner Interessensphäre freie Hand lassen. Wer garantiert aber, daß sich dann die uneingeschränkte Macht der verbleibenden Atomgroßmächte nur auf die Verhinderung der Proliferation bezieht? Wären andere Einflußnahmen nicht ebenso denkbar? Es ist leider eine geschichtliche Wahrheit, daß Macht, die auf keinen Widerstand stößt, nach immer ehrgeizigeren Zielen strebt und zur Ausübung drängt. Politische, wirtschaftliche und sogar kulturelle Folgen einer völligen Abhängigkeit von einer russisch-amerikanischen Weltregierung sind mindestens denkbar.

Wieviel Wahrscheinlichkeit man einer solchen Vision zumißt, ist eine sekundäre Frage. Es liegt uns aber daran, unmißverständlich darauf hinzuweisen, daß die Nonproliferation, in der viele das Ende des Schreckens sehen, weder unsere physische Sicherheit garantiert noch ohne nachteilige politische Folgen bleibt. Es könnte sein, daß wir im Streben, jedes Risiko zu vermeiden, mit dem Verzicht auf gewisse Waffen gleichfalls den Verzicht auf die Souveränität und Unabhängigkeit unterschreiben, und dies aus freien Stücken, mitten im Frieden, ohne daß ein einziger Schuß fällt. Fürwahr ein abgekürztes Verfahren!

So wird denn klar, daß die Frage der Nonproliferation Grundfragen unserer Staatlichkeit berührt. Es handelt sich nicht um ein militärtechnisches Problem. Die Atombombe als eminent politische Waffe, die den Schlüssel zur einzigen Strategie des Atomzeitalters, der Abschreckungsstrategie, darstellt, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit unserer Zielsetzung. Die Folgen sowohl ihrer Beschaffung wie auch eines eventuellen Verzichts darauf müssen im Hinblick auf alle Komponenten unseres ersten Staatszweckes einzeln geprüft werden. Die Auswirkungen auf die Unabhängigkeit im Frieden wie im Krieg, Vor- und Nachteile für die Behauptung unseres Territoriums, Konsequenzen für das Überleben der Bevölkerung und nicht zuletzt für unsere politische Handlungsfreiheit im weitesten Sinne wollen analysiert und gegeneinander abgewogen sein. Dabei kann heute schon das eine festgestellt werden: Ohne Risiken geht es so oder so nicht. Wir müssen diejenigen auf uns nehmen, die in Anbetracht dessen, was wir erreichen wollen, tragbar erscheinen, weil sie zugleich den größten Nutzeffekt erbringen. Das eigene Schicksal in fremde Hände zu legen scheint jedenfalls ein sehr großes Risiko zu sein.

*

In einer Zeit, in der nur noch die Heilsarmee den «Kriegsruf» erschallen zu lassen wagt, gerät derjenige, welcher nach Waffen verlangt und Niederlagen lieber vermeiden möchte, als 450 Jahre

später aus ihnen «Heil» schöpfen zu müssen – sofern dannzumal überhaupt noch jemand übrigbliebe, dies zu tun –, leicht in Verruf, den Frieden zu sabotieren. Wir sollten hier nüchterner denken. Die Proliferation, auch wenn sie ein echtes Problem darstellt, hat unter dem Einfluß des amerikanischen strategischen Denkens einen ganz bestimmten, einseitigen Gefühlswert erhalten: Da alles Unheil von der Bombe drohe, sei ihre Verbreitung um jeden Preis zu verhindern. Aber ist dies wirklich so? Wäre es unter Umständen nicht realistischer, parallel zu den Untersuchungen, unter welchen Voraussetzungen eine echte Nonproliferation zustande kommen könnte, auch zu untersuchen, welche Folgen die bereits im Gange befindliche Verbreitung von Kernwaffen hätte? Für die Großmächte wäre die Lage sicher schwieriger. Sie würden an Handlungsfreiheit einbüßen und hätten ihr bisheriges Sicherheitssystem in der Richtung auszubauen, daß eine Atomexplosion irgendwo in der Welt nicht automatisch zur gegenseitigen atomaren Vernichtung führen würde. Doch trauen wir ihnen in Anbetracht dessen, was auf dem Spiele steht, auch dies durchaus zu. Die mittleren und kleinen Staaten besäßen aber allem Anschein nach das Mittel, ihre Sicherheit angemessen zu erhöhen und ihre Unabhängigkeit oder mindestens ihr Mitspracherecht weiterhin zu behaupten. Jedenfalls wäre eine solche Denkarbeit die Voraussetzung für manche und gewichtige außen- und innenpolitische Entscheidung. Sie sollte mit geeigneten Mitteln auch im Schoße des Kleinstaates an die Hand genommen werden. Wege zum Überleben zu finden ist kein Privileg der Großen.

Unterdessen gilt es, wachsam und kritisch zu sein. Die Handlungsfreiheit auf atomarem Gebiet, die wir uns nach heftigen Auseinandersetzungen innenpolitisch bewahrt haben, darf nicht gleichsam unbemerkt und plötzlich außenpolitisch verscherzt werden. Mindestens nicht, ohne daß wir wirklich bedeutende Einschränkungen des Risikos dafür einhandeln. Den Großmächten muß klar werden, daß wir auf Atomwaffen nur dann verzichten, wenn es wirklich zu einer dauernden Entspannung kommt.

Wir sehen uns außerstande, an dieser Stelle entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. So viel steht aber fest: Vereinbarungen über die Nonproliferation müßten im Sinne des indischen Vorschlages vom August 1965 verhindern, daß die nichtatomaren Staaten einen einseitigen Verzicht auf sich nehmen. Die Atommächte – und zwar alle – hätten mit kontrollierbaren Einschränkungen der Atomrüstung und sukzessivem Abbau ihrer nuklearen Waffenträger vorauszugehen. Aber auch dies könnte nur die eine Seite eines solchen Vertrages sein. Die Sicherung vor Erpressung und konventionellen Angriffen ist ein Anliegen, das ebenfalls zur Sprache kommen müßte und das nicht von der Proliferation getrennt werden darf. Dieses Anliegen hat – neben anderen, weniger wichtigen Ursachen – das Bedürfnis nach eigenen Atomwaffen nämlich hervorgerufen!

Die Schweiz ist jedenfalls gut beraten, wenn sie die längst fälligen Grundlagenstudien betreffend eine eigene Atombewaffnung nicht noch länger verzögert. Sie bilden die Voraussetzung nicht nur für eine Beurteilung der Abrüstungsvorschläge aus voller Kenntnis der Tatsachen heraus, sondern dürften sich als wertvolles Mittel erweisen, allfälligen eigenen Bedingungen für die Vertragsunterschrift Gewicht zu verleihen. Nichts wäre gefährlicher, als die äußerst vage Hoffnung auf ein auch die Kleinstaaten befriedigendes Abkommen als Vorwand für den weiteren Aufschub der notwendigen Abklärungen zu nehmen.

Nachdem uns die Atombombe seit 20 Jahren den «Frieden» erhalten hat, und sie geeignet scheint, auch noch weitere Arten von Konflikten auszuschalten, wäre es wohl kurzsichtig, sie Hals über Kopf abzuschaffen. Immer noch gilt nämlich die Tatsache, daß die Entspannung nicht eine Folge, sondern eine Voraussetzung der Abrüstung darstellt.

Das Übungs-Schadenfeld

Zur Problematik der Ausbildung der Luftschutztruppen

Von Hptm. Heinrich Stelzer

I. Vorbemerkungen

Kaum eine andere Truppe besitzt die Möglichkeit, ihre Ausbildung derart *ernstfallmäßig* gestalten zu können, wie das für die Luftschutztruppen zutrifft. Das gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, daß ein *geeignetes Übungsgelände* verfügbar ist.

Die taktisch zweckmäßige Bereitstellung der Luftschutzbataillone und -kompagnien (vergleiche ASMZ 1963, Nr. 9/10), deren zeitgerechtes Heranführen nach einer Schadenauslösung und die rasche Einleitung der Einsätze bleiben vergebliches Stückwerk, wenn Truppe und Kader nicht befähigt sind, auf Schadenplatz und Schadenstelle systematisch und technisch richtig zu arbeiten.

Die Anforderungen von Schadenplatz und Schadenstelle umfassen drei Bereiche, nämlich die Bergungstechnik und Schadenstellensystematik, die Brandtaktik und Löschtechnik sowie die sanitätsdienstliche Notfallhilfe. Allen drei Bereichen ist in der Ausbildung der Mannschaften und Kader gemeinsam, daß die kriegsgenügende Erfahrung und Sicherheit *ausschließlich durch Arbeit in ernstfallmäßigen Lagen* erworben werden kann. Die Arbeit in bloß markierten Lagen oder gar nur auf Grund von Suppositionen, wie das seit Jahren praktiziert wird, verfälscht die Ausbildungsbedürfnisse und führt zu irrigen Vorstellungen.

In dieser Hinsicht klafft seit Jahren eine namhafte *Lücke in der Ausbildung* unserer Luftschutztruppen. Wohl hat die Neuregelung der Wiederholungskurstypen insofern eine Verbesserung gebracht, als es nun möglich geworden ist, alle *drei* Jahre statt wie bis anhin nur alle vier Jahre im *Trümmerfeld des Abbruchobjektes* ausbilden zu können. In den Wiederholungskurstypen A und C fehlt diese Voraussetzung jedoch weitgehend, ganz abgesehen davon, daß auch im Trümmerfeld des Abbruchobjektes wichtige Ausbildungsbedürfnisse aus *Sicherheitsgründen* nur beschränkt oder gar nicht berücksichtigt werden können.

Zahlreiche wesentliche Ausbildungsbedürfnisse, die sich aus der Eigenart und den Anforderungen von Schadenplatz und Schadenstelle ergeben, können nur im besonders konstruierten *Übungsdorf* befriedigend berücksichtigt werden, Anlagen, wie sie im Ausland teilweise seit Jahren bestehen. Bis unsere Luftschutztruppen über ein oder mehrere Übungsdörfer verfügen werden, dürften aber noch Jahre verstreichen.

Um auch in den Wiederholungskurstypen A und C eine ernstfallmäßige Ausbildung betreiben zu können, wurde im Wiederholungskurs 1965 einer selbständigen Luftschutzkompagnie erstmals ein *Übungs-Schadenfeld* angelegt und der Versuch unternommen, damit die Lücke des fehlenden Übungsdorfes wenig-